



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

**Senator für Finanzen
Dietmar Strehl
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen**

Auskunft erteilt

Ina Menzel

Zimmer 14

Tel. (0421) 361 89451

Fax (0421) 496 2215

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

9-05 Me/ko

Bremen, 6. Dezember 2019

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2020

Sehr geehrter Herr Strehl,

vielen Dank für die Übersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur Ausbildungsplanung 2020.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass die Anzahl der Ausbildungsplätze insbesondere in den Ausbildungsgängen/Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes aufgrund der Bedarfsmeldungen aus den Ressorts erhöht wird und auch 2020 die Ausbildungsquote acht Prozent überschreiten wird. Die erstmals durchgeführte Befragung der Ressorts zur konkreten Personalsituation ist ein richtiger Schritt, um zu einer noch genauer an den tatsächlichen Bedarfen orientierten Ausbildungsplanung zu kommen.

Die geplanten erhöhten Ausbildungszahlen sind aufgrund der gestiegenen Anforderungen in verschiedenen Bereichen und des anhaltenden Ausscheidens von zahlenmäßig starken Jahrgängen aus dem Dienst dringend erforderlich und nach Ansicht des Gesamtpersonalrats allerdings nicht in allen Bereichen ausreichend.

Die Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter auf 60 wird ausdrücklich begrüßt.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass die Anzahl der Plätze für Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärter auf 90 erhöht werden soll.

Sowohl für den Bereich der auszubildenden Verwaltungsfachangestellten wie auch der Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Anwärter ist es aus der Sicht des

Gesamtpersonalrats erforderlich, zu einer Veränderung des Bewerbungsverfahrens zu kommen mit dem Ziel, Bewerberinnen und Bewerber frühzeitig zu binden und nicht durch lange Wartezeiten zwischen Bewerbung, Auswahlverfahren und Entscheidung an andere Arbeitgeber zu verlieren. Eine „Dauerausschreibung“, wie sie in anderen Bereichen bereits praktiziert wird, kann ein geeigneter Weg sein, um mehr Interessierte zu erreichen. Eine kontinuierliche Kontaktpflege zu den erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern und geeignete gemeinsame Veranstaltungen können zudem die Bindung an den Arbeitgeber Bremen erhöhen.

Der Gesamtpersonalrat unterstützt daher ausdrücklich die Schaffung zusätzlicher Stellen für Marketingmaßnahmen zur Gewinnung geeigneter Bewerberinnen und Bewerber und für die Betreuung der Nachwuchskräfte.

Mehr Auszubildende bzw. dual Studierende erfordern mehr Ausbildungs-/Praxisplätze. Die in der Senatsvorlage geäußerte Erwartung, dass die Ressorts für eine ausreichende Anzahl an Plätzen sorgen, bedarf zur Realisierung konkreter Unterstützung und klarer Vorgaben seitens des Senats. Ausbildung darf nicht mehr daran scheitern, dass Ausbildungsplätze bei Raumplanungen nicht berücksichtigt werden oder wegfallen, wenn andere Bedarfe bestehen. Ausbildungstätigkeit muss verstärkt anerkannt werden und selbstverständlicher Arbeitsanteil neben den jeweiligen Fachaufgaben sein. Hierfür wurden durch die Aufnahme in den Geschäftsverteilungsplan und die Berücksichtigung bei Beurteilungen schon gute Regelungen geschaffen, die es jedoch in der Praxis noch umzusetzen und auszubauen gilt.

Der Gesamtpersonalrat freut sich, dass 2020 zwanzig Personen zum laufbahnrechtlichen Aufstieg in Laufbahngruppe 2., 1. Einstiegsamt bzw. zur Aufstiegsfortbildung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt zugelassen werden. Für einen attraktiven Arbeitgeber und als Bindung leistungsstarker Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es wichtig, mit entsprechenden Karrieremöglichkeiten werben zu können. Diese Aufstiegsfortbildung sollte daher jedes Jahr angeboten werden.

Die Einstellung von neun Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärttern, die für die Unterstützung und Begleitung von Digitalisierungsprojekten vorgesehen sind und an der Hochschule Wedel den akademischen Teil der Ausbildung absolvieren werden, ist nach Ansicht des Gesamtpersonalrats ein notwendiger Schritt, um dem auch in diesem Aufgabenfeld bestehenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die kontinuierliche Einstellung von Sozialinspektor-Anwärterinnen und Sozialinspektor-Anwärttern ist nach Ansicht des Gesamtpersonalrats unverzichtbar, um den bestehenden hohen Bedarfen in der sozialen Arbeit entsprechen zu können. Die Bereitstellung von nunmehr 23 dualen Studienplätzen wird daher ausdrücklich begrüßt.

Der Gesamtpersonalrat unterstützt die beabsichtigte Einstellung von Technischen Oberinspektor-Anwärterinnen und -Anwärttern für die Fachrichtungen Bauingenieurwesen, Technisches Facility Management und Geoinformation. Insbesondere im Bereich Bauingenieurwesen mit nur einer geplanten Einstellung sind jedoch verstärkte Anstrengungen notwendig, um zu einer höheren Anzahl von Nachwuchskräften zu kommen.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt grundsätzlich die geplanten Einstellungszahlen für die Fachrichtung Polizei. In den nächsten Jahren kommt es jedoch beim Personal der Polizeibehörden zu einem erheblichen Verlust von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten durch altersbedingte Ruhestandsversetzungen. Um die in der Koalitionsvereinbarung 2019-2023 angestrebte Zielzahl bei der Polizei Bremen in Höhe von

2.900 fordert der Gesamtpersonalrat die Einstellungszahlen bereits im Jahre 2020 auf bis zu 250 zu erhöhen.

Bisher wurde lediglich einmal im Jahr für den Polizeivollzugsdienst eingestellt. Damit erfährt die Polizei auch nur einmal im Jahr einen personellen Zuwachs durch die Absolventen der Hochschule für Öffentliche Verwaltung. Parallel dazu kommt es unterjährig durch Ruhestandsversetzungen zu einem nicht unerheblichen Personalabbau. Zur Kompensation dieser starken „Personalschwankungen“ fordert der Gesamtpersonalrat einen zusätzlichen Einstellungstermin zum 01.04. eines jeden Jahres.

Die geplanten Einstellungen für die Feuerwehr von insgesamt 30 Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärtern sowie zwei Oberbrandinspektor-Anwärterinnen und Oberbrandinspektor-Anwärtern entsprechen dem errechneten Bedarf. Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber ist jedoch rückläufig, es wird daher schwierig, die in den kommenden Jahren freiwerdenden Stellen mit geeigneten Nachwuchskräften zu besetzen. Eine Steigerung der Attraktivität des Feuerwehrberufs ist daher aus der Sicht des Gesamtpersonalrats dringend geboten.

Die geplante Bereitstellung von 21 Ausbildungsplätzen zur/zum Justizfachangestellten, die Einstellung von 15 Rechtspfleger-Anwärterinnen und Rechtspfleger-Anwärtern und die Ausbildung einer Gerichtsvollzieherin/eines Gerichtsvollziehers wird vom Gesamtpersonalrat begrüßt.

Für den Bereich des Justizvollzuges sind die vorgesehenen Ausbildungszahlen trotz der zusätzlichen Einstellung von fünf Obersekretär-Anwärterinnen und Obersekretär-Anwärtern zum 1. Januar 2020 nicht ausreichend. Statt der nunmehr vorgesehenen 20 Ausbildungsplätze wären nach Auffassung des Gesamtpersonalrats 30 Ausbildungsplätze notwendig. Kontinuierliche Ausbildung im Justizvollzugsbereich ist wichtig, erfordert jedoch auch die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, sowohl für die theoretische wie für die praktische Ausbildung.

Die Bereitstellung von drei Plätzen für die Aufstiegsfortbildung in Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt wird begrüßt. Zur Steigerung der Attraktivität des Justizvollzugsdienstes und damit zur Sicherstellung der Gewinnung geeigneter Nachwuchskräfte sind jedoch nach Ansicht des Gesamtpersonalrats weitere mit den Interessenvertretungen zu entwickelnde Verbesserungen der Arbeitsbedingungen notwendig.

Es ist erfreulich, dass die Kontinuität der Ausbildung in der Steuerverwaltung auch im Jahr 2020 fortgesetzt wird und die Gesamtzahl der Anwärterinnen und Anwärter leicht erhöht wird. Diese 63 Plätze sind jedoch weiterhin nicht ausreichend, um die Personalbedarfe der einzigen Einnahmeverwaltung Bremens zu decken, zumal nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre nur ca. 70 Prozent der Auszubildenden nach Ausbildungsende tatsächlich in der Steuerverwaltung tätig werden. Neben einer Erhöhung der Ausbildungsplätze sind auch eine Verstärkung des Lehrpersonals, eine Ausweitung der Praxisplätze sowie Verbesserungen bei den Lehrsälen notwendig.

Die Bereitstellung von insgesamt 98 Ausbildungsplätzen in diversen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz (davon 18 Plätze für erfolgreiche Absolventen der Einstiegsqualifizierung) ist wichtig, um mit einem breitgefächerten Angebot einerseits eigene Bedarfe abzudecken, aber auch insbesondere der Verantwortung als großer Arbeitgeber auch für benachteiligte Jugendliche gerecht zu werden. Die Kooperation mit der Werkschule ist für die Förderung benachteiligter Jugendlicher besonders geeignet.

Die Bereitstellung von 148 Plätzen für Erzieherinnen und Erzieher und 70 für Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagoginnen und Sozialarbeitern/Sozialpädagogen für das Anerkennungspraktikum sieht der Gesamtpersonalrat positiv. Die Herausforderung wird weiterhin einerseits in der Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern, aber auch in der Sicherstellung der guten Betreuung und Anleitung der Anerkennungspraktikantinnen und -Praktikanten liegen.

Die Bereitstellung von 130 Plätzen zur Einstiegsqualifizierung für geflüchtete junge Menschen in Zusammenarbeit mit den Kammern und die anschließende Übernahme von bis zu 15 jungen Geflüchteten in eine Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz beim Aus- und Fortbildungszentrum wird begrüßt. Aus Sicht des Gesamtpersonalrats ist es erforderlich, dass in diesem Bereich die Unterstützung für den Erwerb der für den jeweiligen Aufgabenbereich notwendigen Deutschkenntnisse („Fachsprache“) ausgebaut wird.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass die Anzahl der über das Stipendiaten-Modell durch den Senator für Finanzen geförderten Studienplätze im Masterstudiengang „Professional Public Decision Making“ auf 15 steigt und die Freistellung auf 160 Wochenstunden erhöht wird.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Doris Hülsmeier', followed by a long horizontal line extending to the right.

Doris Hülsmeier
Vorsitzende